

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Feiertage und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckpreis des Einzelheftes 20 Pf., monatlich 60 Pf., vierteljährlich 2.00 Mk.; bezw. unter Ausdrück besonderer Anweisung 80 Pf., vierteljährlich 2.40 Mk.; bei den deutschen Postämtern vierteljährlich 2.40 Mk. ohne Postgebühren. Die Postämter, Postboten sowie andere Auslieferer und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse der Postämter, der Lieferanten oder der Auslieferer wird die Ausgabe des Blattes unter Umständen unterbrochen. / Die Redaktion ist für die Redaktion des Blattes nicht verantwortlich. / Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße Nr. 22. / Die Geschäftszeiten sind: Vormittags 9 bis 12 Uhr, Nachmittags 2 bis 6 Uhr. / Die Geschäftszeiten sind: Vormittags 9 bis 12 Uhr, Nachmittags 2 bis 6 Uhr. / Die Geschäftszeiten sind: Vormittags 9 bis 12 Uhr, Nachmittags 2 bis 6 Uhr.

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.



für die **Königliche Amtshauptmannschaft Meissen**, für das
sowie für das **Königliche**

Königliche Amtsgericht und den **Stadtrat zu Wilsdruff**
Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 222.

Sonntag den 22. September 1918.

77. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Die **Rände** in dem Geschäft der **Gutsbesitzerin** verm. **Kohlisdorf** in **Blankenstein** ist **erloschen**.

Meißen, am 17. September 1918.

Nr. 1742 a V

Königliche Amtshauptmannschaft.

Sperrung der Quark-Lieferung.

Infolge der geringen Aufbringung von Quark darf auf Anordnung des **Königlichen Ministeriums des Innern** vom 13. September 1918 im **Kommunalverband Meissen Stadt** und **Land** in der **Woche** vom 22. bis 28. September 1918 **Quark** und **Räse** an die **Verfugungsberechtigten** nicht ausgegeben werden.

Sämtliche in dieser Woche freiverwendenden Quark- und Räsismengen sind den **Sammelstellen** zuzuführen, die über diese Mengen nur auf Anordnung der **Königlichen Amtshauptmannschaft** verfügen dürfen.

Meißen, am 19. September 1918.

Nr. 1032 II O.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Brotmarken-Ausgabe.

Für die Zeit vom 30. September bis 22. Dezember 1918 sind die **Brotmarken** von den **Gemeindebehörden** in der bisherigen Weise nach den **Vorschriften** der **Bekanntmachungen** vom 26. Juli und 1. August 1917 auszugeben.

Ab 1. Oktober 1918 wird die **Brotgrundration** auf 4 Pfund festgesetzt. Die **Anordnung** unter A I der **Bekanntmachung** vom 12. August 1918 wird aufgehoben. Alle **Brotmarken** sind ab 1. Oktober wieder **voll** zu beliefern.

Meißen, am 20. September 1918.

— 1311 II E —

Kommunalverband Meissen Stadt und Land.

Siegen — wollen wir! Sparen — müssen wir! Spart an dem, was Ihr sonst vergeudet habt, an Papier!

Gescheiterte feindliche Angriffe.

Herbststürme.

(Am Wochenabschluss.)

Bänklisch um die Mitte des Septembermonats haben wir der Sommerzeit den Abschied gegeben und unsere Uhren wieder mit dem ewig gleichmäßigen Ablauf der Natur in Einklang gebracht. Draußen in Feld und Flur, sieht es so aus, als wolle nach den Monaten des Werdens und Gediehens, des Reisens und der Ernte ein Zustand der Ermattung über die Erde kommen, währenddessen ihr heiliger Schoß neue Kräfte sammeln könnte zur Wiederaufnahme des unabänderlichen Kreislaufes alles Lebendigen. Die Menschheit aber, so sehr sie sich lehnt nach Ruhe und Frieden, sie kann dem Fluch der Zerstörung, dessen Bann sie nun schon seit Jahr und Tag gefangen hält, noch immer nicht entkommen. Was in ihr sich reut an Reimen zu neuer Entfaltung und Befruchtung, es soll nach wie vor in den Dienst der Vernichtung und der Selbstzerstörung gestellt werden, denn Herr Wilson und Herr Valfour will es immer noch nicht gefallen, ein Ende zu machen. Bis zum bitteren Ende lautet ihr Schicksal, wobei alle Bitterkeit der Kampfartikulation natürlich den feindlichen Völkern zuebedacht ist. Verwunderlich ist diese Haltung nicht; die Entente fühlt sich augenblicklich auf der Sommerseite des Krieges und scheint zu glauben, daß wir aus dem Schatten nicht mehr herausfinden würden. Unabhängig stürmen ihre Heere gegen unsere Linien vor, nicht bloß im Westen, und es macht ganz den Eindruck, als trauten sie sich die Kraft zu, die bisherlebte Entscheidung noch vor dem fünften Kriegswinter zu erzwingen. Daß sie unter solchen Umständen keine Neigung verspürt, auf Friedensgespräche einzugehen, versteht sich von selbst — nur wir Deutschen würden höchstens dieser Verlockung erliegen, wenn die Dinge umgekehrt ständen und wir im Begriffe wären, unseren Gegnern den letzten Stoß zu verleihen. Aber Engländer und Franzosen wissen sich von jeder unzeitgemäßen Sentimentalität vollkommen frei; im Gegenteil, je näher sie ihrem Ziele gekommen zu sein glauben, desto heftiger zeigen sie sich in Gedanken und Reden, und was Herr Clemenceau in diesen Tagen bei der Wiedereröffnung des Senats zum besten gegeben hat, das bedeutet selbst für diesen gewerkschaftlichen Demagogen und Deutschhater eine Refordleistung ersten Ranges. So bedarf die deutsche Regierung wahrlich keiner Rechtfertigung dafür, daß sie sich der neuesten Friedensanregung des Grafen Burian nicht angeschlossen, ja daß sie ihr, wie es scheint, sogar nach Kräften entgegengegriffen hat, um sie für einen geeigneten Augenblick aufzuheben zu können. Nichts ist schlimmer als der Versuch, ihr aus diesem Anlaß einen Strich drehen zu wollen. Muß schon die Reichsregierung leben, wie sie die mit tödlicher Sicherheit zu erwartende diplomatische Niederlage überwinden kann, ohne Schaden zu nehmen an Leib und Seele, an der Entschlossenheit zum Durchhalten und an innerer Verteidigungskraft, so können wir von Herzen froh sein, daß unser Bündnis in diesem Falle verlagert hat. Ganz abgesehen davon, ob es nicht von vornherein der Wille des Grafen Burian gewesen ist, uns an keinem Vorgehen nicht zu beteiligen. Bis jetzt wenigstens ist von keiner Seite behauptet worden, daß er die deutsche Regierung zum Anschluß an seine Friedensnote eingeladen habe; er hat sie nur vorher von seinem Vorhaben verständigt und ist dabei verblieben, trotzdem es auf unserer Seite an Warnungen nicht geblieben hat. Daß auch diesmal in Berlin wieder irgendwelche Fehler gemacht worden seien, wird sich das deutsche Volk schließlich einreden lassen.

Aber der Reichstag — oder was sich, während er vertagt ist, so zu nennen liebt — ist schon wieder drauf und dran, neue Herbststürme im Lande zu entfesseln. Der Hauptausdruck ist auf den 24. September einberufen

worden, und in der Parteipresse steigt die Stedehöhe der Erregung von Tag zu Tag. Gerüchte über eine neue Konzeption werden in Umlauf gebracht, und über den Kopf der Regierung hinweg, völlig abseits von den Bestimmungen der Verfassung, daß der Kaiser den Kaiser und die Staatssekretäre zu ernennen und zu entlassen hat, werden auf rein parlamentarischen Boden „Kabinettsbiloungen“ vorbereitet, als wäre der interfraktionelle Ausschuss der Reichstagsparteien bei uns diejenige Anstalt, die ausschließlich über das Wohl und Wehe des Reiches zu wachen hat. Die bejammerten Fraktionsführer suchen zu bremsen, so lange es noch Zeit ist, ohne in diesen verhängnisvollen Vorhaben, daß die ungebildigsten Elemente in ihrer Gefolgschaft ihr Treiben hinter den Kulissen fortsetzen. Bald wollen sie sich mit dem Eintritt einer oder zweier Sozialdemokraten in die Regierung zufriedengeben, bald wollen sie, daß man aufs ganze gebe und ein reines Mehrheitsministerium einsetze, das ausschließlich nach dem Willen des Reichstages zu regieren habe. Der Kaiser, die Bundesregierungen wären dann einfach fallengelassen — zugunsten der Reichstagsmehrheit, von der alle Kundigen wissen, daß sie gerade in den entscheidenden Fragen der Gegenwart nichts weniger als einen Willen verkörpert. Ehe das Zentrum s. V. mit den Sozialdemokraten unter einen Hut zu bringen ist, wird noch sehr viel Wasser ins Meer fließen; hat doch nicht einmal Herr v. Papen seine eigenen Parteifreunde geschlossen hinter sich, wenn er die Anbahnung vertritt, daß wir an den im Osten geschlossenen Friedensverträgen unter allen Umständen festzuhalten hätten.

So können alle großen und alle scharfen Worte auf der Linken nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zeit für eine ausgeprägte Parteiherrschaft in Deutschland noch lange nicht gekommen ist. Wir waren ganz gut aufgehoben bei der konstitutionellen Art des Regierens, wie Bismarck sie für uns begründet hat, und könnten einen Übergang zum parlamentarischen System jetzt weniger als je vertragen. Mit verlangender Wier doch der Feind an die Tore des Vaterlandes; das wäre Selbstmord, wollten wir in diesem Augenblick einen Umsturz unserer inneren Staatsordnung zulassen.

Die deutsche Antwort.

Aberreichung der Note in Wien.

Berlin, 20. September.

Die deutsche Antwort auf die Note des Grafen Burian ist heute durch den kaiserlichen Botschafter im Auswärtigen Amt in Wien überreicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete kaiserliche Botschafter beehrt sich, auf die sehr geschätzte Note des k. und k. Ministeriums des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern vom 14. d. Mts. folgendes zu erwidern: die Aufforderung der k. und k. Regierung an alle kriegsführenden Staaten zu einer vertraulichen, unerbundenlichen Aussprache in einem neutralen Lande über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses entspricht dem Geiste der Friedensbereitschaft und Verbindlichkeit, den die verantwortlichen Staatsmänner des Reiches und die berufenen Vertreter der verbündeten Völker immer wieder bekundet haben. Die Aufnahme, die frühere ähnliche Schritte bei unseren Gegnern fanden, ist nicht ermutigend. Die kaiserliche Regierung begleitet aber den neuen Versuch, die Welt dem von ihr erlebten gesicherten und dauernden Frieden näherzubringen, mit dem aufrichtigen und ersten Wunsch, daß die von diesem Verantwortungsgefühl und edler Menschlichkeit eingegebenen Darlegungen

der k. und k. Regierung diesmal den erhofften Widerhall finden mögen.

Im Namen der kaiserlichen Regierung hat der Unterzeichnete die Ehre zu erklären, daß Deutschland bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat also die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt, an einer Aussprache über Friedensbedingungen und Friedensmöglichkeiten teilzunehmen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß man an leitenden Stellen sich über den praktischen Erfolg des Wiener Schrittes keiner Täuschung hingeben darf und hingibt. In Wien selbst hofft man nicht mehr auf einen Erfolg, ist aber der Ansicht, daß der Vorschlag aufrechterhalten bleiben soll, um vielleicht später einer Aussprache als Grundlage zu dienen.

Krisengerüchte.

Angeblicher Rücktritt Hertling's.

Berlin, 20. September.

Das Leipziger Tageblatt erfährt von besonderer Seite aus Berlin:

Die Regierungskrise rückt immer mehr in ihr entscheidendes Stadium. Die Mehrheitsparteien sind auf Grund der letzten Ereignisse nunmehr fest entschlossen, unverzüglich zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu schreiten, die in voller Unabhängigkeit vom Großen Hauptquartier die Politik führt, die der Ernst der Stunde erfordert. Die Sozialdemokraten haben sich bereit erklärt, in die neu zu bildende Regierung einzutreten, und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Aufhebung des § 9 der Verfassung (wonach kein Mitglied des Reichstages zugleich dem Bundesrat angehören kann), 2. Eintritt von mindestens zwei bis drei Sozialdemokraten in die Regierung, 3. Beizug eines der wichtigsten politischen Ressorts — vermutlich des Staatssekretariats des Innern — mit einem Parteigehörigen, wofür in erster Linie Ebert in Betracht kommt.

Wenn schon diese kurze Nachricht durch die Sicherheit abgerückt, mit der sie vorgetragen wird, so gewinnt die Meldung noch an Bedeutung durch die Mitteilung, daß das Zentrum sich am Montag endgültig über die schwebenden Fragen entscheidet und ferner durch den Hinweis, daß der Nachfolger des Grafen Hertling Graf Brodors-Rantau, surselt Gesandter in Kopenhagen, sein wird. Offenbar stammen die Mitteilungen des Leipziger Blattes aus hiesigen parlamentarischen Quellen. Sie spiegeln im allgemeinen keine besondere Neuigkeit wieder, sondern nur das, was das Tagesgespräch in parlamentarischen Kreisen bildet. Es ist nur fraglich, ob die Dinge schon so feste Gestalt angenommen haben, insbesondere dürfte noch keine Meinung über die Verion des kommenden Kaisers erzielt sein für den Fall, daß Graf Hertling — wirklich abdankt.

Die Luftangriffe auf unsere Städte.

Berlin, 20. September.

Unsere Gegner benutzen die günstige Witterung der letzten Tage und Nächte zu zahlreichen Angriffen auf das Deimatgebiet. Städte am Rhein, in Baden und Lothringen und deren Umgebung waren das Ziel der feindlichen Bombenwürfe. Auch diesmal blieb der Erfolg trotz hohen Einsatzes an Flugzeugen weit hinter ihren Erwartungen zurück. Ihr Kriegsprogramm, den vorläufigen Krieg gegen Nichtkämpfer, setzen sie in die Tat um. Ihre Bomben waren fast ausschließlich gegen die friedliche Bevölkerung und bürgerliches Eigentum gerichtet. Auch